



**AfD-FRAKTION**  
IM RAT DER HANSESTADT STENDAL

Schadewachten 40  
39576 Hansestadt Stendal

Arno Bausemer (Fraktionsvorsitzender)  
[Arno.Bausemer@afd-lsa.de](mailto:Arno.Bausemer@afd-lsa.de)  
0177 / 8548488

03.05.2021

**Antrag: Aktuelle Debatte unter dem Titel „Volksvertreter gegen fragwürdiges Verwaltungshandeln“ gemäß § 2 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Stendaler Stadtrates**

**Beratungsfolge: Stadtrat (31. Mai 2021)**

Begründung:

Beschlüsse aus dem Stadtrat werden verspätet oder teilweise gar nicht umgesetzt. Der beschlossene Antrag der AfD-Fraktion aus dem Herbst 2019 zur Absenkung der Schwelle am Rathaus-Eingang wird nicht umgesetzt. Es reden alle von Inklusion, aber die einfachsten Erleichterungen für Menschen mit Behinderungen werden mit fadenscheinigen Begründungen nicht umgesetzt. Stattdessen dürfen Linksradikale ungehindert vom Ordnungsamt den Marktplatz mit Sprühfarbe nachhaltig verunstalten und bekommen dafür seit Wochen keine Strafen sondern allenfalls, offenbar gar nicht ernstgenommene, Warnungen. Baugrundstücke werden unter Wert verkauft und durch Trickserien des OB werden die Beschlüsse des Hauptausschusses zum Rückkauf des Grundstücks dann schlichtweg ausgebremst.

Die Liste ist lang und länger. Demokratische Volksvertreter machen dieses Spielchen nicht länger mit! Zeit für eine Bestandsaufnahme, was sich in Stendal ändern muss. Und dafür sind alle Fraktionen des Stadtrates gefragt, sich Gedanken über ihre Aufgabe als gewählte Vertreter der Bürger unserer Stadt zu machen und die Verwaltung an ihre Aufgaben zu erinnern. Nicht die Verwaltung kontrolliert die Volksvertreter, sondern wir sagen der Verwaltung was in unserer Stadt geschehen soll und was nicht. Es ist an der Zeit zu besprechen, was Demokratie in Stendal bedeutet und inwiefern wir zulassen wollen, dass wir Volksvertreter von der Verwaltung oftmals ignoriert und ausgebremst werden.

Beschlüsse des Stadtrates und seiner Ausschüsse müssen wieder konsequent umgesetzt werden. Geschieht dies nicht, besteht ein rechtliches und ein politisches Problem und personelle Änderungen an der Spitze der Verwaltung sind unabdingbar.